

Erinnerungskultur

Erinnern und Gedenken gehören zum kulturellen Selbstverständnis einer Gesellschaft. Jede Gesellschaft nutzt bestimmte historische Ereignisse als Identifikationsmuster. Fans des Rock 'n' Roll halten etwa den Todestag Elvis Presleys in Erinnerung. Und jeder Bundesbürger gedenkt – auf seine Weise – jeweils am 3. Oktober der Deutschen Einheit. Die beiden Beispiele erscheinen vielleicht ungewöhnlich. Sie sollen aber verdeutlichen, welche Rolle die Kulturpolitik bei der Erinnerungskultur spielt.

Obwohl es sich beim Beispiel des „King of Rock 'n' Roll“ um eine zweifelsohne kulturelle Angelegenheit handelt, wird die Kulturpolitik hier wahrscheinlich nicht aktiv werden. Es bleibt Privatsache, d.h. den Fans überlassen, wie sie am betreffenden Tag an ihr Idol erinnern. Vielleicht lässt sich ein Fanclub von einer Radiostation in die Sendung einladen oder eine Tageszeitung widmet Elvis eine Sonderausgabe.

Im Falle des Nationalfeiertags hingegen verhält es sich anders. Das Datum wurde demokratisch über den parlamentarischen Weg festgelegt. Der entscheidenden Abstimmung gingen kontroverse Debatten voraus. Sie wurden von der Überzeugung angetrieben, dass vom Datum des Feiertags eine Symbolkraft ausgeht. Während der 17. Juni 1953 eher als ein Zeichen für Auflehnung und Mut der Deutschen gegen die sowjetische Bevormundung verstanden wird, hat man den 9. November 1989 stärker als „friedliche Revolution“ einer emanzipierten Bürgerbewegung in Erinnerung. Allerdings fielen in der Vergangenheit noch andere Ereignisse auf einen 9. November wie etwa die Ausrufung der Republik von 1918 oder die Reichspogromnacht von 1938. Die Symbolwirkung des 9. Novembers als Feiertag wäre nicht eindeutig gewesen.

Die Auseinandersetzung über Geschichte und über den Umgang mit Geschichte gehört im weitesten Sinne bereits zur Kulturpolitik. Im engeren Sinne ist Kulturpolitik von solchen Debatten betroffen, wenn es konkret um Kulturprojekte geht. Das kann eine Ausstellung sein. Oder auch ein zu errichtendes Denkmal oder Mahnmahl.

Auf Bundesebene wurde die Errichtung des Holocaust-Mahnmals, des Denkmals für die ermordeten Juden Europas, über Jahre hinweg von kulturpolitischen Debatten begleitet. Die Initiative dazu begann im → Bürgerschaftlichen Engagement.

Auf kommunaler Ebene ist dieser Weg der Erinnerungskultur häufig anzutreffen, wenn sich etwa ein Heimatverein dafür einsetzt, dass am Geburts- oder Wohnhaus einer Persönlichkeit eine Gedenktafel angebracht oder eine Straße umbenannt wird.

2005 unterstützte die Bundesregierung sehr engagiert Projekte des „Schillerjahrs“, als sich der Todestag des „Nationaldichters“ Friedrich Schiller zum 200. Mal jährte. Mit solchem Engagement macht der Staat nicht zuletzt seine kulturelle Geisteshaltung deutlich. Kulturpolitischer Wunsch ist dabei auch, dass die Bürgerinnen und Bürger diese Geisteshaltung teilen. Bei Schiller, der über den Freiheits- und Schönheitsbegriff wesentlich die deutsche Klassik prägte, fand das staatliche Engagement deshalb breite Zustimmung. Bei Elvis Presley sähe das wohl anders aus...?